

Einführung in die Programmdebatte der Remscheider SPD zur Kommunalwahl 2009 durch den Fraktionsvorsitzenden Hans Peter Meinecke

-es gilt das gesprochene Wort-
-Sperrfrist: 11. Mai 2009; 18:00 Uhr-

Anrede,
die Kommunalwahl kommt mit Riesenschritten auf uns zu. Wir haben uns heute die Aufgabe gesetzt, ein Kommunalwahlprogramm für die kommende Kommunalwahl zu diskutieren und zu verabschieden.

Wozu ein Wahlprogramm?

Brauchen wir eigentlich ein solches Programm, weil doch viele Ansätze eines solchen Programms nach unserer Erfahrung sich so, oder vielleicht überhaupt nicht verwirklichen lassen. Entweder können wir uns im Rat nicht durchsetzen, oder das Geld reicht nicht, oder die Entwicklung überholt Absichten und Vorhaben.

Anrede,
trotz allem ja, ja wir benötigen ein Kommunalwahlprogramm für die nächsten fünf Jahre.

Ein solches Programm gibt uns allen die Richtung vor. Die SPD ist seit ihrer Gründung von Anfang an eine sogenannte „Programmpartei“.

Eine Programmpartei zeichnet sich dadurch aus, dass im Vorfeld die politische Richtung und die Absichten des politischen Handelns programmatisch festgelegt werden. Alle Mandatsträger wollen und müssen sich an diesen Kriterien bei der Politikumsetzung orientieren.

Das unterscheidet uns von einer Wählergemeinschaft und auch anderen Parteien, die je nach gesellschaftlichen Entwicklungen entscheiden bzw. sich danach orientieren, „woher der Wind weht“.

Die Mitglieder unserer Partei haben die Programmpunkte zu beachten und können sie politisch einklagen.

Nur Parteitage dürfen in öffentlicher Versammlung andere politische Entscheidungen diskutieren und letztendlich auch treffen.

Das bedeutet, dass ebenfalls auch die Bürger vorher wissen, mit welchen Zielen und Absichten die SPD in die Wahlperiode geht.

Anrede,

Wir wollen mit einem klaren Konzept, d.h. mit einem Programm in die nächsten Jahre gehen, weil wir unserem eigenen Anspruch treu bleiben wollen, mit klarer konzeptioneller Politik, insbesondere aber verlässlicher und fähiger Politik der Fraktion an der Seite unserer Oberbürgermeisterin Beate Wilding für Remscheid bessere Zeiten herbeizuführen.

Jeder Bürger, jeder Wähler kann wissen und zur Grundlage seiner Wahlentscheidung machen, welche Vorstellungen wir z.B. in der Bildungspolitik, aber auch in anderen Bereichen entwickelt haben.

Dabei ist die Bildungspolitik nach unserer Vorstellung der zentrale Ansatz unserer bisherigen aber auch zukünftigen Politik hier in Remscheid. Ich hatte auf unserem letzten Parteitag ausführlich dazu Stellung bezogen.

Ich zitiere aus Seite 9/10 unseres Programmentwurfs:

„Wir Sozialdemokraten wollen auch in Remscheid längere gemeinsame Lernzeiten mit individueller Förderung jedes einzelnen Kindes, um unser Schulsystem zukunftsfähig und gerecht zu gestalten.

Wir Sozialdemokraten setzen auf ein System, das die Übergänge zwischen den Bildungseinrichtungen flexibel und individuell gestaltet. Wir Sozialdemokraten wollen ein wohnortnahes Schulangebot sichern und flexibel auf die demografische Entwicklung reagieren.

Bei der Reform des Bildungssystems geht es uns Sozialdemokraten nicht mehr um das Ob, sondern um das Wie.

Wir sind für längeres gemeinsames Lernen in der Sekundarstufe I, um anschließend den Weg in die gymnasiale Oberstufe bzw. auf das Berufskolleg oder in die berufliche Ausbildung zu eröffnen. Deshalb streben wir Sozialdemokraten in der Perspektive ein vollständig integratives System an, das zumindest bis zum ersten qualifizierenden Abschluss am Ende der Sekundarstufe I führt.“ Ende des Zitats.

Wir sind uns in einem Teilziel auf dem Wege dorthin mit dem Städtetag NRW einig, der vergangene Woche forderte, dass die Kommunen erweiterte Möglichkeiten erhalten sollten zumindest die sogenannte „Sekundarschule“ zu errichten. Also Zusammenlegung von Real- und Hauptschule, gegebenenfalls unter Einschluss der Gesamtschule, einschließlich Oberstufe. Das ist zwar nicht unser Endziel auf dem Weg zu einer völligen Integration, aber zumindest ein mögliches Zwischenergebnis.

Wohlgemerkt, hier haben die Mitglieder des Städtetags gemeinsam diese Position erarbeitet, quer durch die Parteien, also auch mit den Stimmen der CDU-Kommunalpolitiker.

Welche Basis hat eigentlich die CDU in NRW und Remscheid noch, in ihrer konservativen Haltung, weiterhin die Kinder in Hauptschule, Realschule und Gymnasium zu selektieren. Dass dies nicht den Willen der Eltern erfüllt, zeigt sich jedes Jahr bei den Anmeldungen für die weiterführenden Schulen in Remscheid.

Über die Hälfte aller Eltern wollen ihre Kinder zur Gesamtschule schicken. In Remscheid und anderswo müssen jedoch zahlreiche Kinder wegen Platzmangels abgewiesen werden, weil die Landesregierung eine Erweiterung bzw. Neugründung von Gesamtschulen verhindert.

In unserer Schulpolitik vertreten wir in unserer pragmatischen aber nicht wertfreien Schulpolitik die meisten Eltern und Schulkinder in unserer Stadt, das muss immer wieder betont werden. Wir werden alle Möglichkeiten nutzen, im Interesse der Kinder und Jugendlichen zu positiven Veränderungen zu kommen.

Anrede,

ich zitiere weiter aus Seite 10 des Entwurfs:

Frauen und Männer müssen gleichermaßen die Möglichkeit haben, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren.

Deshalb setzt sich die SPD für den weiteren Ausbau von qualitativer und bezahlbarer Betreuung für Kinder ab dem ersten Lebensjahr ein. Wir wollen, dass der kostenlose Besuch des Kindergartens für jedes Kind schrittweise eingeführt wird. Zunächst soll das letzte Kindergartenjahr kostenfrei sein.

Das von der SPD initiierte Modell des Offenen Ganztages ist ein Erfolgsmodell. In Remscheid besuchen bereits weit über 40% der Grundschulkinder den Offenen Ganztage an ihren Schulen. Wir fordern den weiteren bedarfsgerechten Ausbau und eine gesicherte Finanzierung durch das Land NRW, um qualitative pädagogische Arbeit zu gewährleisten.“

Soweit das Zitat und ich füge hinzu, nicht nur die Möglichkeit Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren spricht für die Ganztagsbetreuung in Kindergarten und Schule, sondern auch die Verwirklichung von Chancengleichheit für bildungsferne Schichten und Migranten.

Anrede,

unser Programmentwurf setzt sich natürlich mit einem weiteren Zentralthema unserer Stadt auseinander. Mit der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.

Der Strukturwandel in Remscheid und im Bergischen Land ist noch lange nicht abgeschlossen und die gegenwärtige Wirtschaftskrise behindert sehr stark die inzwischen geschaffenen Ansätze eines wirtschaftlichen Wandels.

Zum Thema Gewerbeflächen zitiere ich aus Seite 11/12:

„Den heimischen Unternehmen muss eine Entwicklungsmöglichkeit am Standort Remscheid angeboten werden. Das fast ideologische Festhalten an den Gewerbeflächen an der Blume durch die sogenannten bürgerlichen Fraktionen im Rat der Stadt hat deutlich gezeigt, wie schädlich eine Politik sein kann, die nicht auf einem weitgehenden Konsens beruht.

Wir wollen keine Enteignungen. Wir wollen den Konsens.

Wir wollen den eingeschlagenen Weg der Aktivierung der Gewerbebranchen fortsetzen, die interkommunale Zusammenarbeit vertiefen und in der zeitlichen Perspektive neue Gewerbeflächen gewinnen.“

Ich verdeutliche: Wir wollen nicht nur nicht enteignen. Wir wollen im Gegenteil den Konsens mit der Bevölkerung und den anderen Parteien bei der Ausweisung von bei den Bürgern nicht immer willkommenen Gewerbeflächen. Die Politik eines „mit dem Kopf durch die Wand“ führt nicht zur

Befriedung sondern zu einer schädlichen Konfrontation im Rat und in der Bevölkerung.

Anrede,

wir fühlen uns verantwortlich für den sozialen und politischen Frieden in unserer Stadt. Aus diesem Grunde werden wir weiterhin auch vor der Wahl auf die CDU zugehen und ihr behilflich sein, sich zu stabilisieren. Es kann nicht im Interesse der Bürger unserer Stadt sein, wenn eine so wichtige Partei wie die CDU sich in Kämpfen untereinander aufreibt und eine verlässliche solide Politik über viele Jahre verhindert. Wir haben der CDU ein Angebot gemacht, gemeinsam die beiden in diesem Jahr zu wählenden Spitzenbeamten, StD Mast-Weisz und Beigeordneter Dr. Henkelmann mit großer Mehrheit zu bestätigen bzw. die Amtszeit zu verlängern. Ich bin gespannt wie die CDU ihre Zusage umsetzen wird. Die SPD steht wie immer zu ihrem Wort.

Die CDU kann sich auch inzwischen nicht mehr damit entschuldigen, von ihren Beigeordneten Kennepohl und Müller falsch informiert worden zu sein. Wenn Kennepohl über Jahre falsche Auskünfte auch über die Möglichkeit gegeben hat, das seit vielen Jahren vorgesehene Gewerbegebiet „Gleisdreieck“ zu entwickeln, so sollte die CDU heute akzeptieren, dass sie über lange Jahre einem „falschen Guru“ nachgelaufen ist.

Die Ära Kennepohl hat uns viel Geld und Zeit gekostet.

Ich fürchte aber die Betonpolitiker der CDU haben die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Stadtentwicklung hat nicht nur mit Beton zu tun, sondern im Wesentlichen mit ganz anderen Themen, wie Bildung, Familie, Arbeit, Frieden und Leben.

Die Stadt Remscheid hat es weitgehend in ihrer Hand dieses Gewerbegebiet zu schaffen, weil wir hier nicht von unwilligen Verkäufern abhängig sind. Wir haben einen vertraglichen Anspruch auf dieses Gelände. Versuchen wir gemeinsam zum Wohle Remscheids hier weiter zu kommen und betrachten das Gebiet Blume als zumindest heute und in nächster Zukunft als nicht zu verwirklichen.

Dass wir das Gewerbegebiet Blume weiterhin grundsätzlich ablehnen, sei nur der Vollständigkeit erwähnt.

Eine Ablehnung des Gleisdreiecks durch die CDU und andere entlarvt das jahrelange Gerede über die Notwendigkeit neue Gewerbegebiete zu schaffen, als den Versuch gegen SPD und Grüne, aber vor allem gegen die Bevölkerung Lüttringhausens einzig und alleine das Gewerbegebiet Blume durchzusetzen.

Anrede

Wir wollen in Remscheid weiterhin eine beispielhafte Jugend- und Sozialpolitik machen. Wir wollen die Wohlfahrts- und Jugendverbände soweit wie möglich stabilisieren und unterstützen, damit sie weiterhin beispielgebend für unsere Bürgerinnen und Bürger arbeiten können.

Frauen, ältere Menschen, Behinderte und Migranten sehen ebenso im Mittelpunkt unserer politischen Aufmerksamkeit wie Umweltschutz, Freizeit, Sport und Kultur.

Wir werden uns weiterhin für eine Stadtentwicklungsplanung aus einem Guss einsetzen, wie für die weitere Verstärkung der Bergischen Kooperation. Wir haben die Zeichen der Zeit erkannt.

Anrede,

die Stadtverwaltung und ihre Mitarbeiter stehen im Fokus unserer Bemühungen den städt. Haushalt zu konsolidieren.

Nur eine modern aufgestellte Verwaltung kann effektiv und kostengünstig arbeiten.

Nur eine motivierte Mitarbeiterschaft wird zu mehr Bürgerfreundlichkeit kommen.

Die von Beate Wilding gegen große Teile des Rates auf den Weg gebrachte „Zentrale Steuerung“ und ein wirksames zentrales Controlling versprechen in Zukunft weniger Leerlauf und mehr zielgerichtetes Handeln.

Die CDU sieht ihre Aufgabe darin, notwendige Stellenverlagerungen zu kritisieren und versteigt sich zu der Behauptung, die Organisationsreform der Stadtverwaltung sei gescheitert.

Nein! Liebe Genossinnen und Genossen nicht die Reform der Verwaltung ist gescheitert, sondern das konzeptionslose Agieren der CDU und ihrer Hilfstruppen seit Jahren.

Anrede,

die SPD-Fraktion wird sich vor der Wahl, aber noch mehr bei den erforderlichen Gesprächen nach der Wahl dafür einsetzen, die Ratsarbeit zu straffen, die Zahl der Ausschüsse zu verringern und die Belastung der Verwaltung durch unsinnige und unnötige Anfragen zu verringern. Der Rat muss professioneller werden in der Führung dieser Stadt. Stammtischniveau reicht nicht aus, die elementaren Fragen der Zukunft zu lösen. Wir wollen eine sachliche, mit Wissen und Können unterlegte und an den Aufgaben des Rates orientierte Kommunalpolitik mit allen daran orientierten Parteien und Gruppierungen in unserer Stadt

Anrede,

wir haben als SPD-Fraktion in den letzten Jahren ruhig, effektiv und effizient, im Sinne von: die richtigen Dinge richtig tun; in Rat, Ausschüssen und Bezirksvertretungen zum Wohle Remscheids gearbeitet.

Wir haben dafür gesorgt, dass unfähige, bzw. Schaden verursachende Beigeordnete von ihren Posten entfernt wurden.

Wir haben durch unser zurückhaltendes Verhalten dafür gesorgt, dass die CDU-Krise, die leider weiterhin anhält, keine städt. Krise geworden ist, obwohl viele Entscheidungen gegen die SPD nicht gut für die Stadt waren.

Ich erinnere hier an das Projekt Hauptbahnhof, welches von Kennepohl und seinen Anhängern in CDU, FDP und Wählergemeinschaft beinahe total zersägt worden wäre.

Wir Remscheider haben es Beate Wilding zu verdanken, dass HBB wieder ins Boot geholt werden konnte und dass das inzwischen fertig gestellte Bauwerk Remscheid bereichert.

Die positive Aufnahme und das Verhalten der Bevölkerung bestätigt unseren Kampf seit vielen Jahren für dieses Projekt.

Das in der Umsetzung leider Abstriche gemacht werden mussten, ist insbesondere auf die Verzögerung durch das Verhalten der Mehrheit des Rates zurückzuführen.

Ich erinnere an das unsägliche Verhalten von CDU und ihrem Beigeordneten Kennepohl beim Thema „Schaufenster der Wirtschaft“. Jeder klar denkende und vor allem rechnende hatte den Eindruck, dass bei diesem Projekt alle Gesetze der Mathematik außer Kraft gesetzt werden sollten.

Ein von der SPD-Fraktion initiiertes Gutachten durch die WIBERA hat ja dann auch bestätigt, dass die finanziellen Wahnvorstellungen von Kennepohl und seiner Vertrauten aus der Wirtschaftsförderung keine Grundlagen hatten.

Ich erinnere an den Luxusbau „Ämterhaus“ der uns allen eine halbe Million Mehrkosten pro Jahr im Haushalt gebracht hat.

Ich erinnere nochmals an das beinahe starrsinnig zu nennende Verhalten in Sache Blume, welches der Stadt inzwischen auch einmalige Kosten von mehr als 1 Mio Euro erbracht hat. Auf diesen Kosten wird die Stadt sitzen bleiben. Verschwendung wo man hinschaut!

Allein diese wenigen Beispiele belegen, dass insbesondere Ratsmitglieder CDU nicht rechnen können, viele Beispiele belegen, dass sie offensichtlich noch nicht einmal lesen können.

Müssen wir denn immer wieder darauf hinweisen, dass wir kein Geld haben, Wolkenkuckucksheime aus der Kennepohl-Ära, wie millionenschwere weiträumige Planungen von Straßen und Innenstadtprojekten Ostbahnhof und Ebertplatz weiter zu führen. In der Sache möchte ich mich heute gar nicht mehr dazu äußern.

Wir lehnen es ab, das Geld der Stadt in immer neue Planungen zu stecken. Wir wollen das Geld nutzbringend für die Bevölkerung unserer Stadt verwenden.

Anrede,

Planungen, das wissen wir aus der Vergangenheit kosten nicht nur viel Geld sondern sind Versprechungen in die Zukunft, die zur Zeit und in überschaubarer Zukunft in Remscheid nicht erfüllt werden können.

Alle reden übers Sparen, fangen wir doch endlich damit an!

Unsere neue Kämmerin Frau Schütte hat ihren ersten Auftritt bei der Bezirksregierung i.S. Gespräch zum Haushalt 2008 bzw. 2009 hinter sich. Sie hat im Rat berichtet, dass die Kreditaufnahme in Zukunft noch stärker als bisher eingeschränkt wird und dass weitere Sparmassnahmen angeordnet werden.

Die Bezirksregierung hält sich offensichtlich und natürlich an die Weisungen des Innenministers vom 6. März 2009. Diese Dienstanweisung an die Kommunalaufsicht liegt uns doch allen seit fast 4 Wochen vor.

Haben die Kollegen der anderen Parteien sie nicht gelesen?

Wie soll ich es denn verstehen, wenn dort im Wahlkampf weiterhin finanzielle Versprechungen gemacht werden, die noch nicht mal ansatzweise erfüllt werden können.

Hat man denn noch nicht mitbekommen, bzw. kann oder will man nicht lesen, wie mit der Stadt Remscheid in Zukunft verfahren wird.

Ich stelle fest:

1. Auch auf Grund der Wirtschaftskrise wird das Städt. Eigenkapital in der Bilanz im Jahre 2012 spätestens aufgebraucht sein.
2. Damit liegt eine Überschuldung nach § 75 der GO vor
3. Eine Verschuldung ist gesetzlich verboten und damit liegt ein rechtswidriger Zustand vor.
4. Ich zitiere aus den Richtlinien „Maßnahmen und Verfahren zur Haushaltssicherung“ vom 6. März 2009.
 - „die Gemeinde muß zur Korrektur der Überschuldung alle Möglichkeiten ausschöpfen positives Eigenkapital zu erhalten bzw. wieder zu erreichen
 - Die Konsolidierungsanstrengungen müssen alle Verwaltungsbereiche einschl. der Unternehmen, Einrichtungen und Beteiligungen umfassen
 - Bei jedem Ratsbeschluss hat sich die Gemeinde mit seinen finanziellen Auswirkungen und der Vereinbarkeit mit den Regelungen des § 75 GO auseinander zu setzen.
 - Die OB hat unter Androhung von Disziplinarmaßnahmen die Pflicht zur Beanstandung nach § 54 Abs.2 GO
 - Die Aufsichtsbehörde hat alle, ich wiederhole alle kommunalaufsichtlichen Instrumente in Betracht zu ziehen, die dabei beitragen können, dass so bald wie möglich wieder positives Eigenkapital gebildet wird.
 - Die Regelungen für die vorläufige Haushaltsführung sind eng auszulegen. Handlungsspielräume die bisher im Wege der Duldung gewährt wurden können nicht mehr gewährt werden, wenn die Überschuldung droht oder bereits eingetreten ist. Insbesondere Investitionskredite, die in diesem Jahr noch in der Höhe von 2/3 der erfolgten Tilgung genehmigt werden, werden nicht mehr genehmigt, Budgets für Beförderungen sind nicht mehr zulässig. Die Übernahme neuer freiwilliger Leistungen ist nicht mehr möglich. Die Kündigung von Verträgen, die freiwillige Leistungen betreffen, ist zu prüfen.
 - Die Bezirksregierung als Kommunalaufsicht hat alle Maßnahmen zu dokumentieren und notfalls die Bestellung eines Beauftragten bei der Landesregierung zu beantragen.
 - Die Bestellung eines Beauftragten kommt insbesondere in Betracht, wenn die betroffene Kommune der Verpflichtung nicht oder in nicht ausreichendem Maße nachkommt, ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen.“

Soweit Zitate und Auszüge aus dem Katalog der Marterwerkzeuge und Drangsalierungsmöglichkeiten der Kommunalaufsicht ab sofort. Haben die Wahlkämpfer der anderen Parteien dies nicht gelesen oder kümmert sie das nicht. Es ist ein Skandal wenn unter diesen Verhältnissen noch finanzielle Versprechungen gemacht werden, die nicht im Entferntesten etwas mit Pflichtaufgaben zu tun haben.

Anrede,
ich will gar nicht weitere Beispiele für Versagen oder ideologisches dogmatisches Verhalten dieser sogenannten bürgerlichen Mehrheit aufzählen. Diese Mehrheit ist u.a. wegen inneren Unfriedens und undemokratischer Abläufe in der CDU zerbrochen. Über die Qualität der Ratsarbeit insbesondere dieser Partei muss sich der Wähler auseinandersetzen.

Nur die SPD hat in den vergangenen Jahrzehnten Führungsstärke und die Fähigkeit bewiesen, im Konsens mit der Bevölkerung zu handeln. Dass wir, die SPD Remscheid auch immer wieder die besseren Persönlichkeiten hervorgebracht haben, sei nur der Vollständigkeit halber erwähnt. Ich denke hier beispielhaft an Menschen wie Willi Hartkopf, Robert Schumacher, Reinhard Ulbrich, KM Halbach, Dietrich Pernice und last but not least Burkhard Mast-Weisz und Beate Wilding und viele andere, die seit Jahrzehnten als Politiker oder Beigeordnete bzw. Stadtdirektoren die Kommunalpolitik Remscheids positiv prägten und weiterhin prägen werden.

Also Genossinnen und Genossen, wir haben die besseren Politiker, wir haben das bessere Programm, wir machen die bessere Politik, warum sollten wir nicht auch die Verantwortung für Remscheid von den Bürgerinnen und Bürgern Remscheids für die nächsten 5 Jahre übertragen bekommen.

Nach Jahren des politischen Durcheinanders und der Misswirtschaft unter CDU-Mehrheit sind wir, die SPD das Angebot an die Remscheider Bevölkerung endlich wieder verantwortliche Kommunalpolitik zu erleben. Die Wählerinnen und Wähler Remscheids werden unser Angebot annehmen, davon bin ich zutiefst überzeugt.

Eine in der Bevölkerung verankerte starke Oberbürgermeisterin Beate Wilding und eine starke SPD-Fraktion sind gut für Remscheid.

Genossinnen und Genossen, auf in den Wahlkampf! Wir können nur gewinnen.

Die Programmdiskussion auf unserem heutigen Parteitag ist hiermit eröffnet.
